

Internationale Führungspersönlichkeiten drängen Unternehmen der sozialen Medien zum Verbot antizionistischer Äußerungen

Mitchell Plitnick, mondoweiss.net, 12.02.23

Die Bestrebungen, Kritik an Israel zu kriminalisieren, erreichen eine neue Dimension. Dazu gehört auch ein erneuter Versuch internationaler Politiker:innen, antizionistische Ansichten im Internet zu zensieren.

Die internationalen Bemühungen zur Kriminalisierung der Kritik an Israel machen neue Fortschritte. Mit dem Gewicht zahlreicher westlicher Regierungen erneuerte die so genannte Interparlamentarische Task Force zur Bekämpfung von Online-Antisemitismus ihre Bestrebungen, Kritik an Israel als Antisemitismus zu bezeichnen und damit eine Online-Zensur solcher Kritik zu ermöglichen.

Zionismus als „geschützte Eigenschaft/ Identität“ einzustufen ist ein Versuch, den Zionismus auf eine Art und Weise zu behandeln, die sich völlig von der Art und Weise unterscheidet, wie wir jede andere politische Ideologie behandeln.

Am Montag schickten die Ko-Vorsitzenden der Task Force – die US-amerikanische Abgeordnete Debbie Wasserman-Schultz (D-FL), der kanadische Abgeordnete Anthony Housefather und die ehemalige israelische Knessetabgeordnete Michal Cotler-Wunsh – Briefe an die Chefs von *Meta* (Eigentümerin von *Facebook* und *Instagram*), *Twitter*, *YouTube* und *TikTok*, in denen sie diese aufforderten, ihre Anstrengungen zur Bekämpfung von Online-Antisemitismus zu verstärken.

Natürlich ist Antisemitismus, wie jede Form von gewalttätiger Bigotterie, in den sozialen Medien nur allzu verbreitet. Leider manipuliert die Task Force diese Tatsache auf höchst zynische Weise, um Israel vor Konsequenzen oder gar Kritik für seine Behandlung der Palästinenser:innen zu schützen.

In dem Brief forderten die Parlamentarier die Unternehmen auf, „Zionismus als geschütztes Merkmal/ geschützte Identität“ aufzunehmen und „sich einer spezifischen, konsequenten Politik zur Entfernung von Inhalten und Nutzern zu verpflichten, die den Holocaust leugnen oder zur Gewalt gegen Juden, Israelis oder Zionisten aufrufen“.

Während die Ablehnung von Gewalt gegen Personen allein aufgrund ihrer Identität oder ihrer politischen Ansichten, egal wie schädlich diese Ansichten auch sein mögen, lobenswert ist, ist die Verquickung von Juden als Volk, Israelis als Bürger:innen eines Nationalstaates (was auch palästinensische Bürger:innen Israels einschließen muss, obwohl in diesem Zusammenhang davon ausgegangen wird, dass dies, ebenso wie die israelische Demokratie, nur für jüdische Israelis gilt) und Anhänger:innen einer politischen Ideologie wie des Zionismus, äußerst problematisch.

Noch wichtiger ist jedoch der Versuch, Zionisten als „geschützte Eigenschaft/Identität“ einzustufen. Dies ist beispiellos und unbegründet. Es ist ein Versuch, den Zionismus völlig anders zu behandeln als jede andere politische Ideologie.

Die Vorstellung, dass Israel, das Nicht-Juden offen diskriminiert und 2018 ein Grund-gesetz verabschiedete, das besagt, dass es der ausschließliche Nationalstaat des jüdischen Volkes und daher ausdrücklich nicht der Staat aller seiner Bürger ist, ein großes Rassismus-problem hat, beruht eindeutig auf Tatsachen.

Noa Tishby, eine israelische Schauspielerin und Israels Sonderbeauftragte für die Bekämpfung von Antisemitismus und der Delegitimierung Israels, erläuterte bei einer Anhörung, die die Task Force im September letzten Jahres veranstaltete, die Hintergründe. Sie behauptete, dass „jüngste Untersuchungen ergeben haben, dass zwischen 73,6 und 84 % des Online-Antisemitismus die Form von Anti-Israel-Hass annimmt“. Kurz darauf sagte Tishby, dass „der neue Antisemitismus sehr wenig mit dem zu tun hat, was Israel wirklich ist, aber solange das explizite Ziel des Hasses Israel oder Zionisten und nicht Juden sind, bekommt er in den sozialen Medien einen Freifahrtschein“.

Was ist diese falsche Charakterisierung laut Tishby? Sie sagt, es sei die Charakterisierung Israels als „böse, rassistisch, kolonialistisch, weiße Vorherrschaft“. Das sind alles Adjektive, die bei weitem nicht nur auf Israel zutreffen. Sie werden regelmäßig auf die Vereinigten Staaten, Kanada, Australien, das Vereinigte Königreich und viele europäische Länder angewandt. Und obwohl die meisten dieser Länder eine koloniale Geschichte haben, die mindestens so hässlich ist wie Israels Behandlung der Palästinenser:innen, und einige von ihnen noch immer Verbrechen begehen, die mit ihrer kolonialen Geschichte zusammenhängen, erzwingt keines von ihnen derzeit eine Blockade, die für zwei Millionen Menschen ein Freiluftgefängnis wie in Gaza schafft, während gleichzeitig etwa fünf Millionen weitere Menschen ohne jegliche Rechte unter einer brutalen, mehr als ein halbes Jahrhundert andauernden Besatzung gehalten werden. Doch für Tishby sind nur der Zionismus und Israel von Natur aus immun gegen Kritik an solchen Handlungen.

Natürlich verrät Tishby das ganze, indem sie darauf hinweist, wie viel Online-Antisemitismus in Wirklichkeit Feindseligkeit gegenüber Israel ist. Das soll nicht heißen, dass das übliche Ausweichmanöver, dass Leute den Begriff „Zionist“ für „Jude“ verwenden, nicht vorkommt. Es passiert, und das zu häufig. Aber Kritik, auch scharfe Kritik an einem Staat, ist nicht nur zulässig, sondern notwendig. Die Frage, wann Kritik an Israel in Antisemitismus übergeht, ist absurd, und die Antwort auf diese Frage lautet: „Niemals“. Es ist nicht schwer zu erkennen, wenn jemand versucht, Antisemitismus zu verschleiern, indem er „Jude“ durch „Zionist“ ersetzt, und in den meisten Fällen kann man, so man in gutem Glauben handelt, diese Unterscheidung treffen, ohne Gefahr zu laufen, entweder legitime Äußerungen zu unterbinden oder Antisemitismus unkontrolliert durchgehen zu lassen. Die trickreiche Verwendung dieser Terminologie, um dem Vorwurf des Antisemitismus zu entgehen, ist nicht etwas, in das Menschen „hineinrutschen“; es ist etwas, das sie bewusst und sichtbar tun.

Michal Cotler-Wunsh ergänzte den Brief an die *Social-Media*-Unternehmen und betonte, dass „zionistisches ‚Coding‘ die gezielte Ansprache und den Ausschluss von Juden vorantreibt und die Notwendigkeit aufzeigt, Zionismus zu den geschützten Merkmalen der Plattformen hinzuzufügen“. Sie sagte, dies „unterstreicht die Dringlichkeit, die *IHRA*-Konsensdefinition anzunehmen und umzusetzen“.

Die *IHRA*-Definition von Antisemitismus - eine höchst umstrittene Definition, in vielen Bereichen kritisiert – wurde häufig als Maßstab zur Bekämpfung des Antisemitismus herangezogen. Die Problematik der *IHRA*-Definition liegt weniger in der Definition selbst als vielmehr in den verwendeten Beispielen, die, wie die *Anti-Defamation League (ADL)* es nennt, „bestimmte Äußerungen der Feindseligkeit gegenüber dem jüdischen Staat Israel, die manchmal die Grenze zum Antisemitismus überschreiten können“, umfassen. Die Beschreibung der *ADL* wirft die Frage auf, indem sie Antisemitismus als eine Gesinnung definiert, die antisemitisch ist. Dieser Zirkelschluss ist dann ergebnisoffen und erlaubt es, jede Kritik an Israel als Antisemitismus zu bezeichnen, je nachdem, wie es demjenigen passt, der sie gerade definiert.

Ein Beispiel, das in der *IHRA*-Definition genannt wird, ist die „Verweigerung des Rechts des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung, z. B. durch die Behauptung, dass die Existenz eines Staates Israel ein rassistisches Unterfangen ist“. Die Vorstellung, dass Israel, das Nicht-Juden offen diskriminiert und 2018 ein Grundgesetz verabschiedete, das besagt, dass es der ausschließliche Nationalstaat des jüdischen Volkes und daher ausdrücklich nicht der Staat aller seiner Bürger ist, ein großes Rassismusproblem hat, beruht eindeutig auf Tatsachen. Man kann darüber diskutieren, ob diese Tatsachen vernünftigerweise als Rassismus bezeichnet werden können, aber man kann nicht vernünftigerweise behaupten, dass ein Rassismusvorwurf unter solchen Umständen a priori antisemitisch ist. Doch genau das ist es, was die Task Force in den sozialen Medien fordert.

Das Argument, das Israel und seine Befürworter anführen, um Millionen von Menschen ohne Grundrechte festzuhalten und dies seit über 55 Jahren, ist, dass sie es aus „Sicherheitsgründen“ tun. Das ist jedoch ein Argument, das nur sehr schwer vorgebracht werden kann, ohne eine kollektive Bestrafung zu rechtfertigen, und eine grundlegende Doktrin, nach der Macht Recht schafft. Dennoch ist Israel durchaus in der Lage, dieses Argument nach Belieben vorzubringen; das tut es seit 1967. Es ist zweifellos die Erkenntnis der Schwäche dieses Arguments, die sie dazu veranlasst hat, stattdessen dem Gegenargument, das die palästinensischen Rechte verteidigt, zuvorzukommen, indem sie es als antisemitisch bezeichnen.

Das hat Konsequenzen für die Praxis. Zu Beginn dieser Woche kamen zwölf israelische Menschenrechtsgruppen – *Adalah, B'Tselem, Breaking the Silence, Combatants for Peace, Gisha - The Legal Center for Freedom of Movement, Hamoked: Center for the Defense of the Individual, Haqel: In Defense of Human Rights, Human Rights Defenders Fund, Ofek, Parents Against Child Detention, Physicians for Human Rights and Yesh Din* – zusammen und verurteilten den Aufruf des Hohen Vertreters der Europäischen Union, Josep Borrell. Dieser berief sich auf die *IHRA*-Definition von Antisemitismus, um anzudeuten, dass Antisemitismus der Kern des Berichts von *Amnesty International* „Israels Apartheid gegen Palästinenser“ sei und dass es „unangemessen“ sei, den Begriff „Apartheid“ in Bezug auf Israel zu verwenden, als hätte Israel unter allen Ländern der Welt eine einzigartige Immunität gegen dieses Verbrechen oder den entsprechenden Vorwurf.

In ihrer Erklärung verurteilten die Gruppen - von denen viele den Begriff „Apartheid“ nicht verwenden, wenn sie sich auf Israels allgemeine Behandlung der Palästinenser:innen beziehen – auch „die eskalierende Instrumentalisierung von Antisemitismusvorwürfen, um eine offene Debatte über Israels unterdrückerische Politik gegenüber den Palästinenser:innen zu verhindern“.

Dieser Kampf tritt nun in eine entscheidende Phase, die das Klischee „vor dem Morgenrauen ist es immer am dunkelsten“ versinnbildlicht. Bei den letzten US-Wahlen beteiligte sich die AIPAC an der Finanzierung von politischen Kampagnen, das hatte sie zuvor noch nie getan. Dabei formulierte man Botschaften gegen Kandidaten, deren Israel-Politik nicht gefiel, sorgte aber dafür, dass diese Botschaften andere Themen als Israel hatten. Es war ein implizites Eingeständnis, dass Israel ein schwieriges Pflaster ist und seine drakonische Behandlung der Palästinenser:innen, offensichtlicher denn je, die Wähler:innen nicht mehr überzeugen wird.

Gleichzeitig wird der Aufwand verstärkt – ob von Regierungsvertreter:innen wie der Task Force, Lobbygruppen wie AIPAC oder den vielen Basisaktivist:innen, die ihre gewählten Vertreter:innen in den USA und Europa unter Druck setzen –, um Kritik an Israel zu stigmatisieren und sogar zu kriminalisieren, da die israelfreundlichen Kräfte nicht viel mehr in ihrem Werkzeugkasten haben. Das macht diese Kämpfe besonders zeitgemäß, wesentlich und potenziell entscheidend.

Mitchell Plitnick ist der Vorsitzende von "ReThinking Foreign Policy". Zusammen mit Marc Lamont Hill ist er Autor von „Except for Palestine: The Limits of Progressive Politics“. Mitchell war zuvor unter anderem Vizepräsident der „Foundation for Middle East Peace“, Direktor des US-Büros von „B'Tselem“ und Ko-Direktor von „Jewish Voice for Peace“.

Übersetzung für Pako: A. Riesch – palaestinakomitee-stuttgart.de

Quelle:

<https://mondoweiss.net/2023/02/international-leaders-push-social-media-companies-to-ban-anti-zionist-speech>